

Nachrichten

Das Baselbiet feiert das Frauenstimmrecht

Liestal. Vor einem halben Jahrhundert, – exakt am 23. Juni 1968 – hat das Baseltätler Volk mit 9372 gegen 4398 Stimmen das kantonale Frauenstimm- und Wahlrecht angenommen. Der Kanton ruft sich das Ereignis am 21. Juni bei einer Feier im Theater Augusta Raurica in Erinnerung. Neben den Regierungsräten Anton Lauber und Monica Gschwind werden Persönlichkeiten aus verschiedenen Generationen ihre Gedanken zum Stimm- und Wahlrecht der Frau äussern. Bereits am 14. Juni findet in der Kantonsbibliothek in Liestal eine Podiumsdiskussion mit Maya Graf und Susanne Leutenegger Oberholzer statt.

Sperrgutcontainer gehen in Flammen auf



Pratteln. Auf einem Firmenareal am Dammweg in Pratteln brannten am Sonntagabend drei Sperrgutcontainer. Laut Mitteilung der Polizei wurde niemand verletzt, es kam aber zu einer starken Rauch- und Geruchsentwicklung. Die Brandsache ist unbekannt und Gegenstand laufender Ermittlungen.

Glückwunsch

90. Geburtstag

Binningen. Unser Abonnent **Werner Maag** feiert heute Geburtstag. Täglich erfreut er sich der Zeitung, die er von den ersten bis zur letzten Seite liest. Besonders interessiert er sich für den Sportteil. Zusammen mit den Angehörigen gratulieren wir ihm herzlich und wünschen alles Gute für das neue Lebensjahr. gratulationen@baz.ch

CVP-Präsidentin Brigitte Müller-Kaderli stellt die Allianz mit FDP und SVP infrage

Das neue Selbstbewusstsein der CVP

Von Joël Hoffmann



Politik lebt nicht vom Wähler allein. Oft bestimmen im Baselbiet nicht die Bürger ihre Volksvertreter, sondern die Parteien. So verzichtete etwa die SVP bei der letzten Ersatzwahl zugunsten von Monica Gschwind (FDP) auf den zweiten Regierungsratsitz. Diese Unterstützung war das SVP-Dankeschön für die FDP-Hilfe bei Thomas Webers (SVP) Wahl. Nun sollte die bürgerliche Selbsthilfegruppe nach dem Abgang von Sabine Pegoraro (FDP) erneut greifen und einen SVPlern, wie Nationalrat Thomas de Courten, ins Exekutivamt hieven. Doch jetzt bockt ausgerechnet die Juniorpartnerin CVP. Und Parteipräsidentin Brigitte Müller-Kaderli spielt ihre Trümpfe selbstbewusst: Regierungsrat Anton Lauber und die Gewissheit, dass die CVP für die bürgerliche Machtpolitik im Baselbiet ein wichtiger Akteur ist.

Müller kam aus dem Aargau ins Baselbiet, von der EVP zur CVP, und ging sogleich Klinken putzen. Die «fremde» CVP-Präsidentin hat die Bürde, die CVP entgegen dem nationalen Trend bezüglich Wählerstärke zu stabilisieren. Sie kannte wohl ebenso wenig wie Quereinsteiger Paul Hofer die Abmachungen, welche ihre Präsidiums Vorgänger mit SVP-Chef Oskar Kämpfer geschlossen haben. Hofer betonte bis kürzlich stets, dass er zwei Regierungsratsitze halten möchte – alles andere wäre beim nationalen Wahlrecht nach massbisch. Und die CVP ihrerseits gab Müller den Auftrag mit, eine Zweier-FDP-Kandidatur zu unterstützen. Derweil Kämpfer auf frühere Deals und einen zweiten SVP-Sitz drängt.

Lange standen sich Hofer und Kämpfer wie bei einem Western-Duell gegenüber, bis Hofer Ende letzter Woche klein beigab: Die FDP lässt der SVP den Vortritt. Offenbar wurde dies in einer Vereinbarung zwischen den Bürgerlichen besiegelt. Doch dieses



Zerstrittene Parteipräsidenten. Paul Hofer (FDP), Brigitte Müller-Kaderli (CVP) und Oskar Kämpfer (SVP) (v.l.). Foto F. Bartschiger

Papier scheint bereits geschreddert worden zu sein, denn die CVP bockt noch immer, stellt die Zusammenarbeit infrage. Offiziell: «Wir warten bis zur SVP-Nomination am 24. August», heisst es auf Anfrage bei CVPlern kurz und knapp.

Was beim Duell zwischen Hofer und Kämpfer unterging: In der CVP sind offenbar die immer schon präsenten SVP-Skeptiker im Aufwind – aber auch die Wirtschaftskammer-Kritiker. Der KMU-Verband, der wegen fragwürdiger Geschäftspraktiken in der Kritik steht, hat die FDP und die SVP fest im Griff. Dies bewies FDP-Landrat und Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser gerade wieder letzten Donnerstag im Landrat, als er die Reihen schloss und einen Angriff der Grünen auf seinen Verband abwehrte.

Buser ist Hofers Hypothek: Wenn der FDP-Präsident nämlich zwei FDP-Regierungsräte will, benötigt er

die CVP. Diese liess Hofer jedoch mangels qualifizierter und vor allem Wirtschaftskammer-ferner Kandidaten sitzen. Darum, so heisst es, sei Hofer schliesslich mit einem unbekannten Kandidaten gekommen – der letzte, aussichtslose Versuch, der Hofer nun viel Glaubwürdigkeit kostete.

Während Hofer nichts in der Hand hält und so keinen Stich landen kann, zieht die CVP-Präsidentin mutig ihre Trümpfe. Kritisch muss man jedoch festhalten, dass Müller vollkommen unnötig ihre bisherigen bürgerlichen Partner und deren Wähler brüskiert. Ihre kaum verhohlene Ablehnung eines SVPlers wie Kronfavorit Thomas de Courten schadet der CVP. Rein rechnerisch kann man der SVP den zweiten Sitz nicht absprechen. Und angesichts der Kandidaten, die regierungsfähig sind und ein solches Amt auch wollen, ist de Courten ein durchaus valabler Kandidat. Die SVP bringt keinen Alibi-

kandidaten, sondern eine ernsthafte Konkurrenz für die Kandidatin der SP, Kathrin Schweizer. Müller könnte sich eigentlich zurücklehnen: Ihr Regierungsrat Anton Lauber wird sicher wiedergewählt und die Rückkehr der SP in die Regierung scheint zurzeit ebenfalls wahrscheinlicher. Doch Müller stösst mit ihren Manövern just jene Bürgerliche vor den Kopf, auf die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider im Herbst 2019 angewiesen ist. Müller riskiert also eine unnötige Schlappe bei den Nationalratswahlen.

Dies dürfte den CVP-Parteistrategen bewusst sein. Dass sie ihre Präsidentin noch nicht zurückgepfiffen haben, könnte aber bedeuten, dass Müller parteiintern und von der Basis getragen wird, dass sich die Partei auf einen Alleingang oder eine Allianz mit anderen Mittelparteien einstellt. Das ist mutig und konsequent, aber wohl erfolglos. joel.hoffmann@baz.ch

Zwingener Lehrerin vor dem Nichts

Nach Medienauftritten von Marianne Lander krebst neuer Arbeitgeber zurück

Von Lisa Groelly

Zwingen. Marianne Lander weiss noch nicht, wie sie nach den Sommerferien ihr Geld verdienen soll. Die Lehrerin hat an der Primarschule Zwingen gekündigt, weil sie den eingeschlagenen Kurs des Schulleiters, der anthroposophische Lehrmethoden und die daraus resultierenden Lernrückstände duldet, nicht unterstützen kann. Die Primarschule in Hofstetten gab ihr bereits eine schriftliche Zusage für eine Anstellung. Doch nach den ersten Medienberichten zur Primarschul-Affäre wurde sie zu einem Gespräch gebeten.

«Dort wurde mir mitgeteilt, dass meine mediale Präsenz nicht gern gesehen wird», berichtet Lander der BaZ. Die Gesamtschulleiterin des Zweckverbands der Leimentaler Schulen sowie ihre künftige Stellenpartnerin befürchteten laut Lander, dass sich der Start in Hofstetten unter den gegebenen Umständen schwierig gestalten könnte. Schliesslich habe die Gesamtschulleiterin geäußert, dass man in dieser Situation von einem unbefristeten Arbeitsverhältnis absehen müsse und ihr nur noch einen befristeten Vertrag ausstellen könne. Es sei auf der Hand gelegen, dass ihr dann besonders auf die Finger geschaut würde, sagt Lander. «Das hat mich gestresst. Nach 28-jähriger Lehrertätigkeit hätte ich mir nach der Erfahrung in Zwingen einen anderen Neustart gewünscht.» Das Arbeitsverhältnis sei schliesslich «in gegenseitigem Einvernehmen» aufgelöst worden.

Als sie nach ihrer Kündigung die Unterstützung der Schüler und deren Eltern spürte, bot Lander dem Schultat in Zwingen an, ihre Klasse im kommenden Schuljahr weiterhin zu unterrichten. Doch dieser habe ihr mitgeteilt, dass er

sich geschlossen gegen eine Wiederanstellung ausspreche. «Die Begründungen, die man mir angegeben hat, waren in meinen Augen fadenscheinig und unhaltbar», sagt die 50-Jährige.

Auch Eltern der 5. Klasse sind wütend über den Entscheid. «Der Schultat hat eine Vorverurteilung getroffen», sagt eine Mutter. Sie spricht damit die Aufsichtsbeschwerde an, die der Lehrverein Baselland (LVB) am 4. März beim kantonalen Amt für Volksschulen (AVS) eingereicht hat.

Amt lässt auf sich warten

«Der Bericht liegt nächste Woche vor, danach wendet man sich an den Schultat, um die Resultate und das weitere Vorgehen zu besprechen», sagt Monique Juillerat, Sprecherin der Baseltätler Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. Seit März sei das AVS daran, unter anderem zu prüfen, ob der Lehrplan von den betreffenden Lehrpersonen eingehalten worden ist.

Dass es so lange dauere, habe insbesondere damit zu tun, dass viele verschiedene Personen beteiligt seien: «Eine solche Beschwerde kann nur sorgfältig beantwortet werden, wenn sämtliche Punkte genau abgeklärt werden. Jeder muss die Möglichkeit erhalten, Stellung zu nehmen.» Ferien und Feiertage hätten das Prozedere zusätzlich in die Länge gezogen, so Juillerat. Aber: «Wir sind auf Kurs. Die Bearbeitung einer Beschwerde nimmt immer mindestens drei Monate in Anspruch.» Lander erwartet vom AVS, dass es «endlich eine klare Position einnimmt». Der Lehrplan 21 könne nicht zu einem Feigenblatt für alle möglichen pädagogischen Strömungen werden.

Die in Ettingen wohnhafte Lehrerin unterrichtet seit zwei Jahren an der Primarschule Zwingen. Vergangenen

Sommer übernahm sie die 5. Klasse. Bereits nach kurzer Zeit fiel ihr auf, dass die Schüler in verschiedenen Bereichen Lücken aufwiesen. Ein Vergleichstest der Laufentaler Schulen bestätigte dies. Lander stellte fest, dass die Klasse zuvor während drei Jahren mit anthroposophischen Lehrmethoden unterrichtet und somit in der Stoffvermittlung ganz andere Schwerpunkte gesetzt worden waren. Verschiedene Gespräche mit dem Schulleiter zeigten keine Wirkung. Dieser habe sich sogar dafür ausgesprochen, dass Rudolf-Steiner-Pädagogik auch an einer Staatsschule Platz haben sollte. Auch habe er sich nicht kooperativ gezeigt: «Ich hatte das Gefühl, dass er sich zunehmend gegen sämtliche meiner Anliegen zu stellen begann.»

Im Dezember suchte Lander das Gespräch mit dem Schultatspräsidenten. «Dieses hat mir versprochen, der Sache nachzugehen und mich in der schwierigen Situation zu schützen.» Doch selbst nachdem sich der Schulleiter an einem Elternabend vor weiteren Mitgliedern des Schultats für Anthroposophie an seiner Schule ausgesprochen hatte, sei nichts passiert. Irgendwann sah Lander keine andere Möglichkeit mehr, als die künftigen: «Vielleicht war es die falsche Entscheidung. Aber die Geschichte wäre wohl sonst nicht ins Rollen gekommen.»

In den kommenden vier Wochen, in denen sie noch in Zwingen unterrichtet, versuche sie, den Kindern möglichst viel mitzugeben. Doch dies gestalte sich nicht einfach: «Seit ein paar Tagen sind ich und meine Stellenpartnerin aus dem Mailverkehr des Schultats ausgeschlossen und erhalten deshalb wichtige Infos nicht», sagt Lander. Sie habe sich diesbezüglich erneut an den LVB gewandt.

Der Schulleiter will nach wie vor keine Stellung nehmen.

Salinen-Gegner wohl chancenlos

Fronten scheinen verhärtet – Enteignung der Rütihard möglich

Von Julian Eicke

Muttenz. Die Salinen beharren auf ihrem Standpunkt, dass die Salzförderung auf der Rütihard ab 2025 alternativlos sei. Die Gegner haben sich formiert, reichen eine Petition ein, und sie haben in den vergangenen Wochen lautstark Stimmung gegen den Salzabbau im Naherholungsgebiet gemacht. Eine Annäherung der Parteien scheint ausgeschlossen.

Doch haben die Gegner am Ende überhaupt eine realistische Chance, die Salzförderung zu verhindern? Zwar haben sie vergangene Woche öffentlichkeitswirksam eine Petition mit über 6000 Unterschriften zuhänden des Landrats eingereicht, die den Ausschluss der Rütihard aus dem Konzessionsgebiet verlangt. Ob sich die aus anderen Gemeinden stammenden Landräte aber ähnlich betroffen zeigen wie die Unterzeichner, ist zumindest zu bezweifeln. Eher dürfte sich bewahren, was Rütihard-Pächter Ruedi Brunner befürchtet: «Die Landräte beschäftigen unser Kampf für die Rütihard nicht gross. Das enttäuscht mich.» Ein Nachfragen bei einem Mitglied der Petitionskommission, die das Geschäft wohl in der nächsten Sitzung am 19. Juni behandeln wird, scheint dies zu bestätigen: Tatsächlich habe sie die Geschichte nur am Rand mitbekommen und könne sich noch nicht inhaltlich dazu äussern, sagt die Bucktener Landrätin Sandra Strüby-Schaub (SP).

Der Konzessionsvertrag zwischen dem Kanton Baselland und den Schweizer Salinen räumt den Salinen das Salzförderungsrecht im Konzessionsgebiet ein, wozu auch die Rütihard gehört. Dafür, dass die Salinen aber auch tatsächlich im Konzessionsgebiet tätig werden dürfen, benötigen

sie die Zustimmung des jeweiligen Grundeigentümers – in diesem Fall der Bürgergemeinde Muttenz. Diese muss die Nutzung ihres Landes mittels eines Dienstbarkeitsvertrags erlauben – und erhält gemäss Bürgerpräsident Hans-Ulrich Studer im Gegenzug einen mittleren fünfstelligen Betrag. Einzig die Bürgergemeinde entscheidet also darüber, ob sie ihr Land zur Verfügung stellt.

Salinen am längeren Hebel

Die andere Möglichkeit, die Gegner Brunner sieht: möglichst viele Bürger mobilisieren, die gegen den Dienstbarkeitsvertrag votieren. Wann dieser aber zur Abstimmung kommt, ist laut Bürgerpräsident Studer nicht absehbar. An der nächsten Versammlung vom 12. Juni wird lediglich eine Information der Bürgerinnen und Bürger stattfinden.

Mit Hinhaltetaktik habe dies nichts zu tun, versichert Studer: Es sei nie geplant gewesen, am 12. Juni über den Dienstbarkeitsvertrag abzustimmen – dieser liege noch gar nicht vor. Erst müsse man die Resultate der Umweltverträglichkeitsprüfung abwarten, die von den Salinen nun vorgezogen worden seien. Die Sondierungsbohrungen aber, auf welche die Salinen nach den Protesten vorerst verzichteten, würden früher oder später vorgenommen: «Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Schliesslich wurden diese 2016 bewilligt.»

Studer befürchtet nicht, dass der Dienstbarkeitsvertrag schliesslich von der Bürgergemeinde abgelehnt werde – es gebe viele stille Befürworter. Die Salinen sitzen ohnehin am längeren Hebel: verweigert sich ihnen die Bürgergemeinde, können sie diese enteignen – so sieht es der Konzessionsvertrag vor.